RS Vwgh 1989/9/27 88/03/0097

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.09.1989

Index

40/01 Verwaltungsverfahren

91/02 Post

Norm

AVG §37;

AVG §45 Abs2;

PostG Anl1 §20 Abs3 Z3;

Rechtssatz

Die Berufungsbehörde ist verpflichtet, wenn sie den Versagungsgrund gegenüber dem Bescheid der Vorinstanz ändert, dies der Partei hins des im Verfahren bislang noch nicht erörterten Sachverhaltes vorzuhalten. Von einer Änderung des Versagungsgrundes kann jedoch keine Rede sein, wenn die Berufungsbehörde ihren abweislichen Bescheid ebenso wie die Vorinstanz auf § 20 Abs 3 Z 3 der Anlage 1 zum PostG gestützt hat, hiefür jedoch eine von der Vorinstanz hins der rechtlichen Erwägungen abweichende Begründung gewählt hat.

Schlagworte

Beweiswürdigung Sachverhalt angenommener geklärt Parteiengehör Rechtliche Beurteilung Parteiengehör Verletzung des Parteiengehörs Verfahrensmangel

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1989:1988030097.X05

Im RIS seit

26.09.2006

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at